
Politische Bildung als integraler Bestandteil der Bildungsarbeit. Über die Notwendigkeit einer konzeptionellen Gestaltung der politischen Bildung innerhalb der Freiwilligendienste

Christian Burmeister, FSJ/BFD Koordination AWO Landesverband Hamburg

Im letzten Jahr feierte das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) seinen 50. Geburtstag. Konzipiert als Bildungs- und Orientierungsjahr für junge Menschen und organisiert und begleitet durch freie werteorientierte Träger bildet es einen festen Bestandteil des sozialen Engagements in Deutschland. Seit seinem Bestehen hat es sich stets den Herausforderungen der sozialen Bildung und damit auch der impliziten und expliziten politischen Bildung gestellt.

Bei der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) 2011 wurden die Erfahrungswerte des FSJ in die Konzeption und Umsetzung des BFD stark berücksichtigt. Eine qualitative Trennung der Freiwilligendienste wurde in den meisten Bereichen ausgeschlossen, so dass die Träger bzw. die Zentralstellen beide Dienstformen gleichermaßen anbieten können. Die Bildungsarbeit und damit auch die politische Bildungsarbeit ist werteorientiert, teilnehmerInnenorientiert, handlungsorientiert, selbstwirksam, und am Beutelsbacher Konsens ausgerichtet. Die Vielfalt der Trägerlandschaft als Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips gewährt den Freiwilligen eine breite Auswahl an Verbänden und Einsatzstellen mit unterschiedlichen Konzepten und Wertvorstellungen bei vergleichbarer Qualität der konkreten Umsetzung (Rahmenbedingungen). Zentraler Bezugspunkt der Bildungsarbeit ist der kontinuierliche, konzeptionelle, nicht formale und persönliche Ansatz. Dieser Ansatz erleichtert den Zugang der Teilnehmenden zur politischen Bildung erheblich.

Nichts destotrotz sind Jugendliche verstärkt verunsichert und politikverdrossen. Dieses bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht an den Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens interessiert wären. Es bedeutet vielmehr, dass wir für die Herausforderungen die sich daraus ergeben, stets neue konzeptionelle und methodische Wege finden müssen. Diese müssen jeweils an den subjektiven Konzepten der Teilnehmenden ansetzen und praktisch mit ihrem Tätigkeitsumfeld verbunden werden. Um dieses bestmöglich zu gewährleisten, bedarf es einer konzeptionellen Gestaltung der politischen Bildung innerhalb der Freiwilligendienste.

Ein Konzept bezeichnet in diesem Zusammenhang vor allem einen lerntheoretischen Zusammenhang. Es geht eben nicht darum bloßes Wissen zu vermitteln, sondern darum, dass die Teilnehmenden konzeptuelles Wissen für sich generieren, Zusammenhänge und Verknüpfungen herstellen und Wertesysteme aufbauen. Ein Konzept ist somit eine geistige Verknüpfung von praktischen Erfahrungen und deren Reflexion, die dem Verständnis und der Erklärung von Sachverhalten dient und Handlungsperspektiven eröffnet. Der daraus entstehende „Kompass“ sichert die Orientierung in komplexe politische Zusammenhänge.

Bei konzeptuellem Wissen handelt es sich um ein Wissen, das mehr ist als reines Faktenwissen. Für die politische Bildung sind Konzepte von Interesse, die das Verständnis der sozialen Welt zum Gegenstand haben. Konzeptionelles Denken bezieht sich auf die Grundfragen der sozialen Welt, also auf den Umgang mit Konflikten und der Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Diese Fragen haben jeweils eine Alltagsperspektive, als auch eine wissenschaftliche und politische Perspektive die es zu vermitteln gilt. Konzepte sind somit keine bloßen Träger von Informationen, die im Kommunikationszeitalter ohnehin ständig und umfassend über das Mobiltelefon abrufbar sind, sondern um Erzeu-

gung von Sinn und Wert. Sie sind eine Grundform des Denkens und knüpfen an den Erfahrungswerten der Teilnehmenden an.

Dieser ganzheitliche Ansatz bezieht sich im Freiwilligendienst auf die Verknüpfung der praktischen Erfahrungen innerhalb der Einsatzstellen mit der fachlichen und politischen Reflektion innerhalb der Seminararbeit. Der soziale Sektor bittet sich auch insofern besonders an, als dass seine Rahmenbedingungen maßgeblich politisch bestimmt sind. Somit sind die Erfahrungen innerhalb des Freiwilligen Dienstes für die politische Bildung von besonderer Bedeutung. Dieses möchte ich an den vier Ebenen der politischen Bildung innerhalb der Freiwilligendienste verdeutlichen.

Die vier Ebenen der politischen Bildung innerhalb der Freiwilligendienste:

1. Soziales Engagement

Die Motivationen der Teilnehmenden für die Freiwilligendienste sind so verschieden wie die Teilnehmenden selbst. Die vordergründige Hauptmotivation liegt oft in dem Orientierungsaspekt und in der Persönlichkeitsbildung. Die Entscheidung für einen Freiwilligendienst setzt aber auch ein hohes Maß an sozialem Engagement voraus. Die Bereitschaft sich für andere Menschen einzusetzen, sich einem sozialen Verband anzuschließen, in verbindlichen Strukturen zu arbeiten, auf marktübliche Bezahlung zu verzichten, offen für Menschen in schwierigen Lebenslagen zu sein sowie einen Beitrag für das soziale Miteinander zu leisten unterscheidet den Freiwilligendienst von anderen Orientierungsangeboten.

Die Einsatzstellen und die Träger/ Zentralstellen vermitteln den Freiwilligen wertvolle Einblicke in die Wichtigkeit von zivilgesellschaftlichen Strukturen, von professionellen Diensten und deren politischer Bedeutung und Abhängigkeit von und für demokratische Zusammenhänge. Die Reflektion dieser Zusammenhänge innerhalb der Bildungsarbeit lässt sich exemplarisch an aktuellen Themen wie z.B. der Tarifauseinandersetzung im Sozial- und Erziehungswesen oder an den konkreten Problemlagen der Klienten aufgreifen. Der Freiwilligendienst ist darüber hinaus geeignet das soziale Engagement über die Dienstzeit hinaus zu verstetigen. Die Bindung an die Verbände und Einrichtungen zeigt vielfältige Engagementformen auf und stärkt die zivilgesellschaftliche Dimension der Demokratie.

2. Demokratie Erfahrung (Partizipation, Gruppenerfahrungen, SprecherInnensystem)

Demokratie Erfahrung wird in der Bildungsarbeit auch über ganz praktischen Aushandlungsprozesse innerhalb des Seminars gesammelt. Konfliktmanagement und Teilhabe sind für uns die festen Bestandteile der Partizipation im Bildungsprozess. Sowohl gegenüber der Seminarleitung, als auch zwischen den Gruppenteilnehmenden geht es um Ziele, Bedürfnisse, Konsens und Kompromiss. Die inhaltliche Mitgestaltung der Seminare und das Aushandeln von Gruppenregeln geben den Teilnehmenden viel Verantwortung für ihren eigenen Lernprozess als Teil einer Gruppe. Diese Prozesse erfordern darüber hinaus von allen Beteiligten eine hohe Frustrationstoleranz und ein zielorientiertes Konfliktmanagement. Neben den informellen Aspekten ist aber auch die Struktur des SprecherInnenrates dazu geeignet Verantwortung wahrzunehmen und sich für andere einzusetzen. Die Freiwilligen können dadurch ihre eigene Interessenvertretung aufbauen und Missstände angehen.

3. Implizite politische Bildung (am Beispiel „Soziale Arbeit“)

Indirekt spielt die politische Bildung in vielen Seminarthemen eine große Rolle. Wie oben beschrieben wird die Soziale Arbeit und damit die Tätigkeitsfelder der Freiwilligen durch gesellschaftliche und politische Einflüsse geprägt. Ob es um Kultur und Diskriminierung, Inklusion, Sexualpädagogik, Erziehung und Entwicklung, Pflege und Demenz, Kinderrechte, Klientenorientierung, Konsumverhalten, Medien, Nachhaltigkeit, Kommunikation, Konfliktmanagement, oder um das Thema Tod und Sterben geht (um nur einige zu nennen) implizit geht hier auch immer um die gesellschaftlichen und politischen Normen, Werte und Rahmenbedingungen (Gesetze, Finanzen und Strukturen).

Ziel, Inhalt, Methode, Tat und Reflektion also Warum? Was? Wie? Machen! Dieses einfache Prinzip bildet den Gegenstand vieler Seminare. Das Seminar „Soziale Arbeit“ beschäftigt sich vorrangig mit den vielfältigen professionellen Aspekten der Sozialen Arbeit hat also auch einen starken berufsorientierenden Charakter. Die politische Bildung kommt jedoch spätestens ins Spiel wenn es um die Gründe und Auswirkungen von sozialen Notlage kommt. Die Soziale Arbeit im Sinne einer Menschenrechtprofession, so wie sie unter anderem Silvia Staub- Bernasconi vertritt leitet bereits zur expliziten politischen Bildung über. (Siehe hierzu auch Anhang Seminarplan)

4. Explizite politische Bildung (am Beispiel „Soziale Gerechtigkeit“)

Kritisch nicht Affirmativ, Lebensweltorientierte Projektarbeit und kooperative Lernformen sind der methodische Schlüssel zu einer expliziten politischen Bildung im Freiwilligendienst. Das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ verbindet somit die Lebens- und Arbeitswelt der Freiwilligen mit der expliziten Form des politischen. Hierfür eignet sich insbesondere die Methode des Planspiels. (siehe Anhang Seminarplan)

Perspektiven

Die Freiwilligendienste bilden einen umfangreichen Rahmen für politische Bildung jenseits von Bewertung und Lebenswirklichkeitsferne. Sie bieten somit eine große Chance für die Weiterentwicklung der Demokratiefähigkeit und die Förderung von sozialem Engagement in der Gesellschaft. Die politische Bildung kann mit dem oben beschriebenen konzeptionellen Ansatz nicht nur die Fähigkeit des Einzelnen fördern Mittel und Wege zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen, sondern darüber hinaus den Gedanken der Solidarität bestärken. Politische Bildung muss Fragen bei den Teilnehmenden hervorrufen und darf nicht durch vorgegebene Antworten jegliches Interesse ersticken. Politische Bildung gibt somit Impulse und soll die Teilnehmenden für politische Zusammenhänge sensibilisieren und interessieren.

Ihre Ziele dürfen nicht affirmativ sein, sondern müssen Alternativen denkbar machen und gesellschaftliche Prozesse kritisch auf ihren solidarischen und emanzipatorischen Gehalt hinterfragen. Ihre Inhalte sollten sich an den Lebenswelten der Teilnehmenden orientieren und ihre Methoden sollten kooperativ und Projektorientiert sein. Die Reflektion sollte ein konzeptuelles Wissen bei den Teilnehmenden generieren.

Fragezeichen produzieren – nicht Ausrufungszeichen setzen, das sollte unser Ansatz sein.